

Rechte Strukturen und ihre Folgen für die Demokratie

Interview mit der Journalistin und ausgewiesenen Kennerin rechter Strukturen in Deutschland Andrea Röpke über braune Kameradschaften, völkische Siedler und die AfD.

TUP: Frau Röpke, „Freie Kameradschaften“, woher kommen sie? Wie sind sie entstanden? Was ist der Kern ihres Wirkens?

Andrea Röpke: Die Entstehung der Freien Kameradschaften geht zurück auf die Verbotschwelle rechtsextremer Parteien Anfang der 1990er-Jahre. Es war vor allem eine Idee aus dem Umfeld rechtsextremer Führungsfiguren wie Thorsten Heise oder Christian Worch, sich möglichen staatlichen Repressionen durch lockere Kameradschaftsstrukturen zu entziehen. Die Kameradschaften waren immer offener nationalsozialistisch orientiert als Parteien. Man wollte wirklich militant, aggressiv, geradezu auch soldatisch rechtsextrem agieren können und sich immer wieder durch neue Namensgebung, durch nicht existente Mitgliedsbücher und so weiter dem staatlichen Druck entziehen. Diese Strukturen waren in der Lage, sich den Situationen anzupassen, zu wandeln und neu aufzubauen. Letztlich gibt es sie in großen Teilen auch heute noch.

Jenseits dessen, dass sie sich fernab von Parteistrukturen bewegen wollen: Was ist die Kernidee der Kameradschaften?

Sie wollen in den vorpolitischen Raum hineinwirken; rechtsextreme Ideologie vor allen Dingen an Jugendliche vermitteln und – das wird viel zu wenig beachtet – vor allen Dingen auch Mischszenen bilden. Es konnten – neben dem Aufbau einer Rechtsrockszene – etwa über die Rockerszene, die Kampfsportszene, die Rotlichtszene, das Türstehermilieu Anhängerschaften für rechtsextremes Gedankengut gewonnen werden – ohne dass dabei Parteien wie die NPD oder Die Rechte oder Der Dritte Weg oder andere extrem rechte Parteien in Erscheinung getreten sind. „Freie Kräfte“, wie sie sich auch nennen, konnten einfach unauffälliger agieren und sich so mit anderen verbünden. Sie wandelten auch ihr Erscheinungsbild, trugen wie die Rocker Kutten, treiben verstärkt Kampfsport und geben sich offener männlichkeitsbetont. Viele benannten sich in „Bruderschaften“ um, in denen die Ideale zum Beispiel aus Mafiakreisen übernommen wurden, so werden „La Famiglia“ oder die „Omertà“, das sogenannte Schweigegelübde, zelebriert. Kameradschaften wie die Arische Bruderschaft zum Beispiel tragen offen gekreuzte Handgranaten als Symbol zur Schau. Wird eine Kameradschaft verboten, dann bildet sich ganz schnell eine neue Struktur.

Sie kennen das Vorfeld der NPD und der AfD. Bewegen sich Kameradschaften inzwischen ähnlich auch im Vorfeld der AfD?

Nein, das kann man so nicht sagen. Viele in der Kameradschaftsszene und der NPD betrachten die AfD als seichte Konkurrenz, die von deren langjähriger politischer Vorarbeit

in den Regionen profitiert. Ich glaube, dass einige dieser Kameradschaften geradezu unter Druck stehen, noch militanter, noch extremer, noch revolutionärer, nationalrevolutionärer auftreten zu müssen, um der AfD Paroli zu bieten und noch etwas darüber hinaus anbieten zu können. Andererseits tauchen aber immer wieder Kameradschaftsaktivisten bei Demonstrationen und Aktionen der sogenannten Neuen Rechten auf. Sie lehnen einen Austausch nicht völlig ab.

Wie ist es umgekehrt? Gibt es bei der AfD Teile, die mehr als nur mit der kameradschaftlichen Szene sympathisieren?

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die die AfD immer wieder nach außen hoch hält, nicht ernst zu nehmen sind. Denn: Es gab von Anfang an Kooperationen mit der äußerst rassistischen Pegida; es gab klare Kooperationen mit der rechtsextremen Identitären Bewegung. Der mächtige völkische „Flügel“ in der AfD distanzierte sich bei den Massenaufmärschen 2018 in Chemnitz nicht von radikalen rechten Hooligantruppen oder Kameradschaften. Die AfD ist der Profiteur einer breit aufgestellten, heterogenen Hassbewegung auf der Straße und in den sozialen Netzwerken. Wir sollten eine mögliche weitergehende Kooperation weiterhin nicht ausschließen, im Gegenteil.

Innerhalb der Kameradschaften existiert durchaus eine Gewaltbereitschaft. Ist das noch abschreckend für die AfD, offensiv mit diesen Leuten in Verbindung zu treten, oder fallen die Hemmschwellen?

Ich denke, die sind längst gefallen. Das ist dann oft eine strategische Haltung, wie darüber kommuniziert wird. Wir als Journalistinnen und Journalisten erleben nach Treffen des sogenannten „Flügels“ der AfD, wie radikal die dortigen AfDler selbst sein können: Es gab tätliche Angriffe, mir wurde zum Beispiel vor den Augen der Polizei die Kamera beschädigt. Die haben auch miterlebt, wie AfDler Parolen brüllen wie „Wir kriegen dich!“ oder „Wir machen dich fertig!“. Einer machte dazu noch die Kopf-ab-Geste mit der Hand und jammerte, als er eine Geldstrafe erhielt. Zu Pegida-Aufmärschen gehen Fernsehteams nicht mehr ohne Bodyguards und Securitys. In diesen Kreisen gibt es eine so starke Akzeptanz von Radikalität und Aggressivität, die erschreckend ist. Das sind Menschen, die Höcke verehren und Galgen für andere Politiker als rechtmäßig empfinden. Zu lange glaubten viele Medien den Beteuerungen der AfD-Spitzen, dass man sich davon distanzieren sollte. Redaktionen bedienten das Narrativ, es gebe ja auch antirassistische Anteile in dieser Partei, und forderten dazu auf, sie wie jede andere Partei zu behandeln. Ein Fehler, wie sich heute zeigt. Der radikale völkische „Flügel“ um Höcke und Kalbitz wird immer einflussreicher, Gauland und Meuthen haben diese gefährliche Entwicklung von Anfang an mit vorangetrieben. Gerade die Medien lassen sich von der Twitter- und Mitteilungsflut, von deren strategischen Beteuerungen immer wieder blenden. Die AfD greift massiv auf die Unterstützung aus den Reihen zum Beispiel der Identitären Bewegung zurück. Warum soll sie nicht auch Unterstützung aus der klassischen rechtsextremen Szene wollen? Sicherlich passt es nicht überall zusammen, doch vermutlich sind regionale Zusammenarbeiten schon viel weiter gediehen, als uns überhaupt bekannt ist. Die rechte Szene, so heterogen sie auch sein mag, hat gemeinsame Ziele: Da ist die Abschaf-

fung einer weltoffenen Gesellschaft und der pluralistischen Demokratie. Die Sehnsucht nach Autorität besteht bei allen.

In dem Buch „Völkische Landnahme“ berichten Sie auch über die völkisch-nationalistische Szene in ländlichen Regionen Deutschlands. Was ist die Historie dieser Gruppen? Wie konnten und können sich diese Gruppierungen in bestimmten Landstrichen etablieren und formieren?

Die völkische Idee hatte ihre Hochphase bereits Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie ist dann ein ganz wichtiger Bestandteil der Ideologie des Nationalsozialismus geworden. Der Nationalsozialismus und der heutige Rechtsextremismus wären ohne die völkische Ideologie – sprich: das Denken, zu einer blutsbedingten Gemeinschaft zu gehören, die den anderen Völkern übergeordnet ist – nicht möglich. Diese Ideologie hat sich dann 1945 fortgesetzt vor allem über die sogenannten Familienverbände. Es war die Strategie, rechte Politik und Ideologie vor allem über diese „Sippen“, die weit verzweigt in den alten Bundesländern gelebt haben, an die nächsten Generationen weiterzugeben. Dazu gehörte insbesondere, kulturelles deutschümelndes Brauchtum zu pflegen und untereinander zu bleiben. Diese Tausenden von Anhängern organisierten sich zudem in rechten Jugendbünden, Burschenschaften, rassistischen Religionsgemeinschaften wie der „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ oder Organisationen wie der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“. Wurden dabei aber kaum wahrgenommen. Der Identitäre Mario Müller hat es in seinem Buch „Kontrakultur“, erschienen im Antaios-Verlag um Götz Kubitschek, treffend auf den Punkt gebracht, wenn er in diesem Zusammenhang von „Widerstandsnestern“ spricht, in denen rechtsextreme Ideologie und völkisches Erleben von Generation zu Generation weitergegeben wurde. Wir reden auch hier von „Landnahme“.

Waren die völkische Idee und deren Weitertragen über Familienverbände also nie verschwunden?

Nein. Diese Netzwerke sind gefestigt, vermitteln selbst den Jüngsten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild inklusive Feindbildern. Sie haben sich zwar in bestimmten Regionen besonders konzentriert niedergelassen; diese völkischen Familienstrukturen gibt es jedoch in allen Bundesländern. Generell kennzeichnen völkische Strukturen, dass Ideologie praktisch gelebt wird. Sie verweigern sich emanzipatorischen Errungenschaften der Zivilgesellschaft, bilden eigene autoritäre Erziehungsgemeinschaften, nutzen sogenannte „Elektrojuden“, wie Computer auch genannt werden, für eigene Zwecke. In den ländlichen Regionen üben sie oft seltene Berufe aus, sind musikalisch, gebildet und werden als sonderbar wahrgenommen. Oft auch als „Ökos“, die zum Teil mit Pflügen und Pferdegespann noch die Äcker bestellen, deutsche Nutztierassen züchten. Doch diesen Familienverbänden und ihren Angehörigen ging es nie vorrangig um Naturschutz oder Tierschutz. Sie verstehen es als „Heimatschutz“ und meinen in Wirklichkeit „Volksschutz“. Ein übersteigerter, gefährlicher Nationalismus, der sich vor allem durch Wehrhaftigkeit kennzeichnet, verbirgt sich dahinter. Diese Strukturen sind bis heute nicht auf dem Radar des Verfassungsschutzes und der Präventionsstellen der Sicherheitsorgane. Warnungen und Aufklärung vor allem zivilgesellschaftlicher Art sind notwendig. Darauf wollen mein Kollege Andreas Speit und ich mit unserem Buch hinweisen.

Die Kinder dieser weit vernetzten Familienverbände und völkischen Organisationen wachsen mit einer politischen Erziehung zu Hause und in ihrer sonstigen Freizeit auf. Sie werden zumeist in irgendeinen rechten Bund gesteckt; die Ferien sind kulturell und damit auch politisch fernab unserer gesellschaftlichen Realität bestimmt. Fahrten gehen vor allem in die alten „Reichsgebiete“. Der Nachwuchs soll „das ganze Deutschland“ kennenlernen. Für diese Szene wurden Gebiete wie Südtirol, Ostpreußen oder „Memelland“ den Deutschen geraubt. In diesem Glauben wachsen Kinder heran. Wenn sie irgendwann studieren sollten und vielleicht zur AfD, zur Jungen Alternative oder zu den Identitären stoßen, dann brauchen diese jungen Erwachsenen gar nicht mehr politisch geschult zu werden. Eine Partei wie die AfD, die sich so rasant in den Parlamenten verankert, greift wiederum gerne auf gefestigte junge Menschen aus völkisch-nationalistischen Reihen zurück.

Sie sagten, dass die Kameradschaften und die AfD in den Mitteln vielleicht unterschiedlicher Auffassung sind, aber beide das gleiche Ziel haben: letztendlich die Abschaffung der Demokratie. Gibt es eine ähnliche Denke auch unter diesen Familien?

Klar. Zu den Zeiten von NPD und Kameradschaften war vom bevorstehenden „Volkstod“ der Deutschen die Rede. Die sogenannten Neuen Rechten warnen nun lautstark vor dem „großen Austausch“. Sie propagieren dasselbe: Undeutsche Kräfte, Feinde von außen und innen wollen das Volk ausrotten. Ausgeblendet wird dabei die Tatsache, dass es ein „reindeutsches“ Volk niemals gab. Ungeachtet dessen streben sie eine homogene Gesellschaft an, in der sie bestimmen, wer dazugehören darf und wer nicht. Björn Höcke redet dabei von einem groß angelegten „Remigrationsprojekt“ und einer „wohltemperierten Grausamkeit“, die sich nicht nur gegen Migranten, Juden, Geflüchtete wendet, sondern eben auch gegen diejenigen, die sich dagegen wehren. Höcke sagt, man werde ein paar „Volksteile“ verlieren. Eine gruselige Sprache und Aussagen, die uns Warnung sein sollten. Die Neue Rechte geht dabei geschickter vor, sie vermeidet hoch belastete Begriffe wie „Rasse“, „Volkstum“ oder „Blutsgemeinschaft“, spricht dagegen chiffriert von „Ethnie“, „Kulturaktion“ und „Ethnopluralismus“.

Letztendlich aber wollen sie eine höherwertige homogene Gesellschaft, die autoritär geführt wird. An dieser Stelle sind die Schnittmengen des gesamten Spektrums zu erkennen.

Seit vielen Jahrzehnten gab und gibt es immer wieder rechtsterroristische Anschläge mit vielen Todesopfern. Welche Rolle spielt Gewalt in den beschriebenen Umfeldern?

Gewalt gilt in großen Teilen dieser Szene als legitimes Mittel. Dabei darf man eines nicht vergessen: Historisches Soldatentum wird kultisch verehrt. Kriegsverbrechen werden dabei ausgeblendet. Männlichkeitsideale und Wehrhaftigkeit werden immer stärker betont. Wenn dann tatsächlich Gewalt ausgeübt wird, wird das häufig von vielen Anhängern sehr positiv aufgegriffen und mit soldatischem Engagement gleichgesetzt. So konnten sich Rechtsterroristen zumeist innerhalb bestehender rechtsextremer Strukturen radikalisieren. Die Kerntruppe des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zum Beispiel beim Thüringer Heimatschutz, sie pflegten auch Kontakte ins völkische Milieu. Oder der mutmaßliche rechtsterroristische Mörder des Regierungspräsidenten Walter Lübcke unterstützte vor der Tat die regionale hessische AfD im Wahlkampf. Niemand will dann etwas von der Entwicklung

mitbekommen haben, aber Mitleid mit den Opfern ist nicht zu erwarten. Rechte Gewalttäter verstehen sich häufig nach dem Motto „Taten statt Worte“ als geheime Speerspitze der Bewegung.

Die rechtsextreme Szene ist es gewohnt, konspirativ zu agieren. Viele sind bereit, bis zu einem gewissen Maße Gewalt zu dulden oder gar auszuüben. Viele von denen, gerade in den gefestigten, fanatischen völkischen Strukturen, bereiten sich längst auf den Tag X vor. Sie gehen davon aus, dass wir demnächst einen Bürgerkrieg haben werden und sie zur Waffe greifen. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass etwa die paramilitärische Wiking-Jugend sieben Jahre nach dem Verbot der Hitler-Jugend aufgebaut wurde und unzählige Jugendliche dort soldatisch gedrillt wurden. Später war es die „Heimattreue deutsche Jugend“ und heute sind es andere rechte Bünde, die ähnlich orientiert sind und in denen Kinder mit einem stramm rechten Weltbild aufwachsen.

Kann aus so einem Kontext heraus plötzlich so etwas wie Pegida entstehen?

Absolut. Aber Pegida in Dresden ist spezieller. Im bundesdeutschen Fußballmilieu wuchsen gewaltbereite rechte Subkulturen heran. Es wird massiv unterschätzt, dass in den Stadien, in den vorpolitischen Räumen des Sports, sehr wohl Politik ausgeübt wird. Lange wurde über rechte Hooligans gesagt: Sport ist Sport, Politik ist Politik. Man hat das akzeptiert und sie in Ruhe gelassen. Das war ein großer Fehler. So konnten sich in jedem Stadion Netzwerke bilden, die sich unseren Augen entzogen haben, die konspirativ agieren, eine große Anhängerschaft in den sozialen Netzwerken aufbauten. Aus diesen Strukturen heraus haben sich unter anderem Organisationen wie Pegida oder Legida in Leipzig gespeist. Die „Hooligans gegen Salafisten“ brachten die Gewalt auf die Straße, demonstrierten Kampfbereitschaft gegen Geflüchtete und Migranten. Aber auch Hunderte von Anti-Asylinitiativen, die ab 2014 aus dem Boden sprossen, zeigen einen ähnlichen kulturellen Hintergrund auf. Darauf war niemand vorbereitet. Die Sicherheitsbehörden hatten diese Strukturen wenig im Blick. Warnungen gab es keine.

Wie konnte das passieren?

Unsere Gesellschaft – auch wir als Medienschaffende – ignorierte lange die Dimension rechten Terrors. Dabei gab es vor allem seit den 1990er-Jahren eine steigende Tendenz. Terror, das war in der öffentlichen Wahrnehmung nur die Gewalt der Roten Armee Fraktion (RAF) oder die Anschläge begangen durch islamistische Terroristen. Der gewaltbereite Rassismus von innen, die rechte „Strategie der Spannung“ wurden nicht intensiv genug wahrgenommen. Wer erinnert sich heute noch an den Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 mit 12 Toten und zahlreichen Schwerverletzten, an die Anschläge von Mölln oder Solingen? Der rechte Terror vor unserer Haustür, den wollen wir nicht erkennen. Jetzt lässt er sich nicht mehr ausblenden. Solange nur Obdachlose, Punks, Migranten oder andere Minderheiten betroffen waren, schien bundesweite, nachhaltige Prävention nicht notwendig. Jetzt sind die guten Bekenntnisse da, aber die rechte Szene konnte sich bewaffnen und längst Untergrundgruppen bilden. Auch wenn Herr Schäuble nach den fürchterlichen Morden von Hanau ein Umdenken gelobt, wo sind die Gelder für die notwendige Umsetzung? Was nützt es, den umstrittenen Verfassungsschutz mit Millionen aufzustocken, wenn das zivilgesellschaftliche

Engagement finanziell beschnitten wird? Wir können die AfD nicht stoppen, wenn wir uns nicht dazu bekennen, längst ein Einwanderungsland zu sein, aber auch endlich die Integration mit voller Kraft unterstützen.

Sie sagen, wir sind auf dem rechten Auge blind. Gibt es irgendeinen rationalen Grund dafür?

Es ist eine schwierige Frage. Verfassungsschutz, Polizei und Justiz wurden nach 1945 von ehemaligen Nazis aufgebaut. Der Repressionsdruck nach rechts war jahrzehntelang eher lässig.

Da stand der Feind links.

Genau, der Feind stand links. Bis heute merken wir in den Verfassungsschutzbehörden Verharmlosung rechter Strukturen und Desinteresse bei der Aufklärung rechter Verbrechen. Das wurde bei der Aufarbeitung der Verbrechen des NSU mehr als deutlich. Von unterschiedlicher Seite wurde immer wieder gesagt: Wenn wir die Netzwerke nicht bedingungslos aufklären, die hinter dem NSU stehen, dann leisten wir damit den nächsten terroristischen Anschlägen Vorschub. Wir brauchen diese bedingungslose Aufklärung. Zudem benötigen wir dringend nachhaltige Präventionskonzepte, die auch vor rechter Politik außerhalb der AfD nicht Halt machen. Wir brauchen mehr Geld für engagierte Initiativen. Stattdessen betreibt die CDU/CSU die Verkriminalisierung von Antifaschisten und engagierter Jugendgruppen. Jeder, der sich intensiv gegen rechts einsetzt, läuft in Deutschland scheinbar eher Gefahr, ins Visier der Verfassungsschutzbehörden zu geraten, als die Rechten.

Glauben Sie, dass nach dem Mord an Walter Lübcke, den Morden von Halle oder Hanau bei den demokratisch-politisch Verantwortlichen und Teilen der Medienöffentlichkeit ein Umdenken stattfindet?

Ich möchte es gerne glauben. Wir haben eine gute und starke Zivilgesellschaft, ein weit verzweigtes Engagement. Jugendliche gehen wieder auf die Straße. Wir haben wirklich ein gutes Potenzial, das aber leider nicht überall gleich verteilt ist. Zugleich sehe ich aber auch eine große Hilflosigkeit und viel zu große Ängstlichkeit. Zudem fehlt einfach das Geld für die Umsetzung breiter, nachhaltiger Konzepte. Wissenschaftler warnen schon so lange vor der Demokratiemüdigkeit weiter Teile der Bevölkerung, vor einer Sehnsucht nach Autorität und Führertum. Warum finden sie nicht mehr Gehör? Die Rechten drohen, schüchtern ein, verklagen. Zeigen wir ihnen doch endlich die Grenzen des Machbaren auf. Auch in den Medien. Relativierung hatten wir lange genug, jetzt ist es eine Frage von Zivilcourage und Haltung.

Wie sehen Sie die mediale Berichterstattung über das, worüber wir bisher gesprochen haben?

Ich sehe die Medienpolitik im Umgang mit rechts sehr kritisch. Wir haben im regionalen Medienbereich zum Teil katastrophale Berichterstattungen. Da werden AfD-Pressemitteilungen, Twitter- oder Facebook-Meldungen eins zu eins übernommen. Diese Meldungen werden weder überprüft noch kommentiert. Nach dem Motto: Zeit ist Geld. Wir nehmen in den Medien kaum wahr, welche Wirkmacht die AfD und ihre Sympathisantenszene bereits

errungen hat. Ihre Basis findet sie im Netz, bei Facebook ist sie längst die am meisten gelikete Partei. Während wir uns selbst immer strenger reglementieren, fordern wir bei Fake News der Rechten nicht vehement Korrekturen ein. Lassen sie gewähren. Bereits als es losging, die Medien als „Lügenpresse“ zu diskreditieren, wurde falsch reagiert. Die mächtige innerparteiliche Strömung der AfD, der sogenannte „Flügel“ um Höcke und Kalbitz, lässt keine Presse (außer der eigenen) zu, agiert äußerst konspirativ. Das offenbart doch deren Demokratieverständnis. Dennoch berichtet zum Beispiel die Tagesschau über einen AfD-Parteitag oder ein Treffen, als wäre sie eine ganz normale Partei. Wir lassen zu, dass Rechtsextreme wichtige Schaltstellen innerhalb unserer Gesellschaft besetzen, Tabus brechen und den sprachlichen Diskurs gefährlich weit nach rechts verschieben. Wir benötigen dringend eine Selbstreflexion, von uns initiiert und nicht von Rechten diktiert.

Was könnte Abhilfe schaffen?

Wir sollten uns wieder intensiver mit Fachleuten auseinandersetzen, sie zu Wort kommen lassen, sie ernst nehmen, gerade auch aus der Wissenschaft, anstatt uns immer wieder auf die Einschätzung von Verfassungsschutzbehörden oder sogar auf Statements von rechter Seite zu verlassen. Die Öffentlich-Rechtlichen stehen mittlerweile unter enormem Druck, weil rechte Forderungen nach Abschaffung der Rundfunkgebühren bei großen Teilen der Bevölkerung Anklang finden. Anstatt sich aber zurückzuziehen und sich einengen zu lassen von diesen autoritären rechten Strukturen, sollten sie nach vorne preschen, sollten sie sich attraktiv machen, zeigen, was sie ausmacht. Bezüglich ihrer politischen Inhalte ist kein großer Unterschied zwischen NPD und AfD mehr erkennbar, und dennoch herrscht Zögerlichkeit vor. Es sind leider nur wenige mutige Kollegen wie Georg Restle von Monitor, Heribert Prantl von der Süddeutschen oder Andreas Speit von der taz, die in Kolumnen Tacheles reden und Abstand fordern. Kurzum: Bei den Medien muss endlich ankommen, dass auch sie betroffen sind, wenn die Demokratie auf dem Spiel steht.

Mit Ihrer Kenntnis und den vielen Jahren, in denen Sie das Thema verfolgen und das Feld beobachten: Hat Sie die Entwicklung der letzten Jahre überrascht?

Seit 2011 gab es die ersten äußerst gewaltbereiten Massenaufmärsche gegen Roma in Tschechien. Dann folgten im Erzgebirge die asylfeindlichen „Lichtelläufe“, organisiert von der NPD, an denen sich immer mehr Menschen aus dem sogenannten bürgerlichen Lager beteiligten. Die Stimmung war angespannt. Ich habe diese Massenbewegungen miterlebt. Bei den Krawallen von „Hooligans gegen Salafisten“ in Köln waren wir dabei, ebenso bei Pegida-Aufmärschen. Man hat da schon wahrgenommen, dass sich etwas Neues anbahnt. Doch wir waren alle mit der Aufarbeitung der Verbrechen des NSU beschäftigt, lebten vielleicht zu sehr in einem Mikrokosmos des Entsetzens, um das parallel auftretende rechte Spektrum im Netz, auf den Straßen und in den Parlamenten ausreichend wahrnehmen zu können. Rund sechs Millionen Menschen votierten 2017 für die AfD, sie ließ der Terror von rechts, die Opfer, scheinbar unberührt. Auch das konzertierte Vorgehen dieser sogenannten Neuen Rechten und deren Erfolg, sich nicht auseinanderdefinieren zu lassen, haben wir unterschätzt, würde ich sagen.

Es wird vielerorts gesagt, dass die klassistischen und rassistischen Thesen von Thilo Sarrazin vor gut zehn Jahren Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs hatten. Können Sie dem folgen?

Sicherlich. Nun war Sarrazin zu der Zeit als SPD-Mitglied auch noch Mitglied einer anerkannten Partei. Das hat ihm ein bürgerliches Flair gegeben. Das hat es umso eher möglich gemacht für „Wutbürger“, sich diesen rechten, rassistischen, menschenverachtenden Thesen hinzugeben. Obwohl die Kriminalität nie so niedrig war, wollten unzählige Menschen den fragwürdigen Zahlenmodellen von Sarrazin zu gerne Glauben schenken. Der Rassismus brach sich in der Gesellschaft freie Bahn. Auch das Wohlstandsbürgertum fand endlich den Türöffner, der es ihnen ermöglichte, Hass und Hetze zu verbreiten. Ein großer Fehler an den Sarrazin-Debatten scheint noch, dass nicht konsequent von ihm Richtigstellungen seiner Falschbehauptungen eingefordert wurden. Er vor allen als das hingestellt wurde, was er ist: unglaubwürdig. Seine Panikmache, seine Hetze beförderten letztendlich Rassismus und Verschwörungstheorien. Viele Medien sprangen auf den Zug auf, als von einer „Migrationsflut“ die Rede war. In diesem Zeitraum gab es kaum noch ruhige und wohlüberlegte Berichterstattung. Menschen reagierten mit einer überhöhten Sehnsucht nach Autorität und Sicherheit. Dies sind genau jene Mechanismen, wovon die rechte Szene profitiert.

Abschließend: Was kann seitens des Staates, der Zivilgesellschaft und der Medien getan werden, um diesen angesprochenen Entwicklungen konsequent zu begegnen?

Es ist nicht weniger und nicht mehr, als uns als soziale Gemeinschaft neu zu finden. Das enge Weltbild der Rechten bedeutet Unterdrückung. Wir aber sollten uns die Errungenschaften lang erkämpfter Freiheit und Emanzipation nicht nehmen lassen.

Andrea Röpke

Ist Politologin und freie Journalistin; Spezialgebiet Rechtsextremismus. Neben zahlreichen Publikationen zum Thema ist kürzlich von ihr (gemeinsam mit Andreas Speit) der Band „Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos“ im Ch. Links Verlag erschienen